



### **Verwaltung**

Herr Markus Berheide  
Frau Tatjana Berkowski  
Frau Stefanie Gröne  
Herr André Leson  
Frau Karin Rodeheger

### **Schriftführerin**

Frau Sonja Steiner

### **Gäste**

Frau Dorothee Knöpper  
Herr Thorsten Lanfer  
Herr Stefan Werner  
Frau Verena Zimara

B.A.U.M. Consult GmbH  
Stadtwerke Ostmünsterland  
Stadtwerke Ostmünsterland  
B.A.U.M. Consult GmbH

### **Es fehlten entschuldigt**

### **Teilnehmende**

Herr Meik Libor  
Herr Ron Schindler

vertreten durch Herrn Rodriguez Ramos  
vertreten durch Herrn Zurbrüggen

# Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>	4
<b>2.</b>	<b>Öffentliche Ladeinfrastruktur – Strategie und Ausbaupfad</b> B 2022/610/5341	4
<b>3.</b>	<b>Fortschreibung Klimaschutzkonzept Oelde – Vorstellung der Ergebnisse</b> B 2022/610/5346	6
<b>4.</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion: Bewerbung um die Aufnahme Oeldes in die Liste der Fairtrade-Towns</b> B 2022/610/5301/1	8
<b>5.</b>	<b>Sachstandsbericht zu den Aktionen „Bürgerwald“ und „Bürgerbaum“</b> M 2022/610/5347	9
<b>6.</b>	<b>Einführung eines kreisweiten Carsharings</b> B 2022/610/5340	9
<b>7.</b>	<b>Sachstandsbericht zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes</b> M 2022/661/5333	10
<b>8.</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>8.1.</b>	<b>Mitteilungen der Verwaltung</b>	13
<b>8.2.</b>	<b>Anfragen an die Verwaltung</b>	13

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr, Herr Schwieder, eröffnet die Sitzung, indem er die Klimaschutzmanagerin Frau Berkowski ganz herzlich willkommen heißt. Sie ist seit dem 01.11.2022 bei der Stadt Oelde beschäftigt.

Frau Berkowski stellt sich persönlich vor, indem sie einen kurzen Einblick in ihren Lebenslauf gibt und mitteilt, dass sie sich auf die Zusammenarbeit freue.

Herr Schwieder begrüßt die Bürgermeisterin Frau Rodeheger, die Klimaschutzmanagerin Frau Gröne, die Ausschussmitglieder, die Verwaltung, die Gäste und die Presse.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Änderungen an der Tagesordnung gibt, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

## Öffentliche Sitzung

### 1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt.

### 2. Öffentliche Ladeinfrastruktur – Strategie und Ausbaupfad B 2022/610/5341

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Es erfolgt eine Präsentation zur Strategie und zum Ausbau der öffentlichen Ladesäulen im Netzgebiet der Stadtwerke Ostmünsterland durch Herrn Werner und Herrn Lanfer von den Stadtwerken Ostmünsterland.

Herr Kohaus möchte wissen, ob die THG-Quote jährlich neu beantragt werden kann. Herr Werner antwortet, dass die THG-Quote für Elektrofahrzeugbesitzer derzeit 300,00 Euro pro Jahr beträgt. Der Antrag muss in jedem Jahr neu gestellt werden.

Herr Zurbrüggen fragt nach, wo die zusätzlichen Ladesäulen aufgestellt werden sollen. Darauf antwortet Herr Werner, dass es finale Punkte in Stromberg, Sünninghausen und Lette geben soll. Die genaue Verortung müsse noch mit den Beteiligten vor Ort abgestimmt werden. Fest stehe, dass es sich bei den Ladesäulen in den Ortsteilen um Standorte in „B-Lage“ handle, die ohne Zuschuss nicht betrieben werden können.

Ziel sei aber, mit Hilfe von Förderanträgen weitere Ladestationen zu bauen.

Herr Kohaus gibt den Hinweis, dass die Errichtung einer Ladestation auf dem Burgplatz in Stromberg nicht wünschenswert sei, da ein solches Angebot zusätzlichen PKW-Verkehr auf den Platz anziehen würde. Er wünscht sich mehr Ladestationen, betont aber gleichzeitig, dass dieses auch bedeute, dass zusätzlicher Autoverkehr entstehen würde, der auf dem Burgberg nicht

gewollt sei. Herr Werner beruhigt und erklärt, dass die Plätze für Ladesäulen auch technisch realisierbar sein müssen.

Herr Poppenberg geht auf das Gesamtkonzept ein. Beispielsweise sollen Schnellladestationen in Autobahnnähe überwiegend den Pendlern dienen. In den Ortsteilen sollen an den Stellen, wo öffentliche Parkplätze vorhanden sind, normale Ladestationen stationiert werden. Er macht den Vorschlag, die Parkplätze zu überdachen und auf das Dach eine Photovoltaik-Anlage anzubringen, so kann man „zwei Fliegen mit einer Klappe“ schlagen.

Herr Werner weist darauf hin, dass die vorrangige Zielgruppe der Stadtwerke Ostmünsterland nicht die Pendler und das Schnellladen seien. Viel mehr sind es die Bewohner\*innen von Mehrfamilienhäusern, die nicht die Möglichkeit haben, zuhause zu laden und Ladepunkte im öffentlichen Bereich nutzen.

Frau Steuer merkt an, dass ihre Fraktion beunruhigt sei, weil sie gehört habe, dass für Sünninghausen keine Ladestation vorgesehen sein. Herr Werner beruhigt, dass auch für Sünninghausen eine Station geplant sei.

Herr Zurbrüggen fragt Herrn Lanfer, wie er als Fachmann zum Thema „Akkus“ in E-Autos als Energiespeicher stehe. Herr Lanfer antwortet, dass er die Diskussion richtig finde, aber auch Bewegung in dem Thema sehe und dass er denkt, dass es nicht mehr lange dauern werde, bis gute Alternativen zum Akku gefunden sind. Es gebe aber noch viel Potential nach oben.

Herr Werner betont, dass die Industrie einen Anspruch hat, sich von notwendigen Rohstoffen zum Bau von Akkus unabhängig zu machen.

Frau Horstmann möchte wissen, ob es möglich sei, an der Hans-Böckler-Straße eine Ladestruktur über Straßenlaternen einzurichten. Hierzu hat es bereits Anfragen gegeben.

Herr Lanfer erklärt, dass das Netz zum Betrieb der Straßenlaternen nicht den Stadtwerken Ostmünsterland gehöre, sondern dass es sich hierbei um ein privates Netz handle. An das Straßenlaternenetz könnte pro Straße maximal nur eine Ladesäule angeschlossen werden, es ist fast unmöglich, dies im alten Bestand umzusetzen. Außerdem sei das Laden nur bei angeschalteter Beleuchtung möglich.

Herr Reckmann äußert, je schneller man den Ausbau vorantreibe, umso schneller sei die Förderung der Elektromobilität. Er fragt nach, wie viele private Ladesäulen es in Oelde gibt.

Herr Werner antwortet, dass die Zahl nicht bekannt sei, weil nicht jede Anmeldung über die Stadtwerke laufe.

Herr Zurbrüggen weist vor der Beschlussfassung darauf hin, dass die Fragestellung bezüglich der Förderfähigkeit mit finanzieller Beteiligung durch die Stadt Oelde noch offen sei.

Herr Leson antwortet, dass die Fragen seitens der Stadtwerke geklärt und die Vorbehalte ausgeräumt wurden. Eine Beteiligung der Stadt sei nicht förderschädlich.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt mehrheitlich bei zwei Enthaltungen dem Rat der Stadt Oelde, im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 eine Summe in Höhe von 29.511 € zur Deckung des Eigenanteils der Stadtwerke Ostmünsterland zur Beschaffung von Ladesäulen bereitzustellen.

### 3. Fortschreibung Klimaschutzkonzept Oelde – Vorstellung der Ergebnisse B 2022/610/5346

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Es erfolgt eine Präsentation durch Frau Knöpper und Frau Zimara von der Firma B.A.U.M. Consult GmbH.

Herr Siebert bedankt sich für den Vortrag und betont, wie wichtig es sei, externe Akteure zu gewinnen. Er wundert sich, dass der Beschlussvorschlag vorsieht, keine weiteren finanziellen Mittel für eine Öffentlichkeitsbeteiligung in den Haushalt einzustellen und fragt sich, wie das funktionieren soll.

Frau Gröne teilt mit, dass im kommenden Jahr 2.500,00 Euro für einen Klimaschutztag angesetzt sind, aus Erfahrung seien keine weiteren finanziellen Mittel notwendig. Man plane vor allem auch vorhandene städtische Veranstaltungen zu nutzen, um Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz zu machen.

Frau Rodeheger ergänzt, dass es einen Gesamtetat für Öffentlichkeitsarbeit gibt, aus dem Geld bereitgestellt werden könne. Man wolle die Bürgerinnen und Bürger einladen, Infoabende veranstalten und viele Aktionen mit „Women-Power“ am Bürger gestalten, nicht nur mit finanziellen Mitteln. Wichtig sei es, das Bewusstsein zu schaffen und zu sensibilisieren.

Frau Horstmann hat das Konzept gelesen und kritisiert, dass es keine konkreten Maßnahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr und zur Reduzierung des Autoverkehrs gibt und wünscht sich hierzu Erklärungen.

Frau Zimara erwidert, dass das Thema Mobilität bewusst etwas kürzer gefasst wurde, da die Stadt Oelde bereits ein ausgearbeitetes Mobilitätskonzept vorweist, in dem die Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs ausführlich dargestellt werden.

Frau Steuer fragt, ob es ein Controlling für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 gibt und möchte wissen, ob man jedes Jahr auf die Zahlen schaut. Frau Zimara antwortet daraufhin, dass es zwei Ebenen des Monitorings gäbe: Zahlen mit denen man „intern“ arbeite und Zahlen, die für die Bevölkerung sichtbar seien.

Weiterhin erläutert Frau Zimara, dass vor allem der Klimaschutz-Planer<sup>1</sup>, eine webbasierte Software zum Monitoring des kommunalen Klimaschutzes für das Controlling, angewendet werden solle. Anhand dieser Software wurde auch die Datenbasis für das vorliegende Klimaschutzkonzept ermittelt. Zudem würden die Kennzahlen der „Sustainable Development Goals“, auf denen das Konzept fußt, als wichtige Indikatoren zur Zielerreichung herangezogen werden. Einige Indikatoren müssen sicher noch entwickelt werden.

---

<sup>1</sup> \*Anmerkung zum Klimaschutz-Planer: Das Tool wird vom Bundesministerium für Umwelt, Natur und nukleare Sicherheit den Kommunen gratis zur Verfügung gestellt und ist das gängige Controlling-Instrument für die Klimaschutzziele. Über die Eingabe von Energieverbrauchs- und Erzeugungsdaten lässt sich die Treibhausgasemissionen für die wesentlichen Sektoren Öffentliche Gebäude, Industrie und Gewerbe, Haushalte und Mobilität quantitativ über einen definierten Zeitraum darstellen. Die Eingabe der Daten erfolgt händisch, idealerweise durch das Klimaschutzmanagement. Alle Daten, die nicht die Stadtverwaltung betreffen, müssen von externen Datenquellen geliefert werden, wie Energieversorger, Schornsteinfeger oder andere Datenquellen, wie der Energieatlas NRW.

Frau Steuer wünscht sich dennoch mehr Transparenz.

Herr Reckmann wünscht eine definierte Herangehensweise, mit dem der Klimaschutz in Oelde eine höhere Priorität erwirken kann. Er betont, dass es Anstrengungen geben müsse, damit viel schneller und viel mehr passiert.

Herr Zurbrüggen vermisst das Thema „Speichertechnologien“. Frau Knöpfer antwortet, dass es im ersten Schritt darum geht, Strom zu erzeugen, um ihn dann zu speichern.

Herr Leson ergänzt, dass Speichertechnologie auch für die Stadt Oelde kein Fremdwort mehr ist. Die Speicherung der Erneuerbaren Energien im angefragten Umfang läge aber nicht im Verantwortungsbereich der Stadt Oelde, sondern bei den Stromerzeugern und den Netzbetreibern.

Frau Gröne erläutert, dass Themen in einzelnen Bereichen zusammengefasst wurden. Die Themen sind aktueller denn je zuvor, z. B. läuft der Ausbau der Photovoltaik-Anlagen von ganz allein. Frau Rodeheger ergänzt, dass das Klimaschutzkonzept eine fundierte und gut aufgearbeitete Grundlage darstellt. Viele Daten sind noch zusammenzustellen, um zu schauen, ob es der richtige Weg ist. Es gibt bereits heute zahlreiche Großprojekte, beispielsweise Freiflächen-PV-Anlagen und Windkraftanlagen. Hier sei man auf verschiedenen Feldern unterwegs. Auch ihrer Meinung nach solle es regelmäßige Berichterstattungen geben, um zu sehen, wie weit die Fortschritte seien.

Herr Poppenberg fragt nach, wie lange der Vertrag mit dem Beratungsunternehmen laufe. Herr Leson antwortet, dass der Vertrag mit der Konzepterstellung erst einmal abgeschlossen sei. Beim Thema Controlling werde man aber sicher nochmal auf B.A.U.M. Consult für Beratungen zurückkommen.

Herr Leifeld möchte wissen, was mit „Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung“ gemeint sei. Herr Leson antwortet, dass der Rat das Konzept im ersten Schritt im Dezember beschließt. Im nächsten Jahr soll dann der Ausschuss über die Umsetzung einzelner Maßnahmen beschließen.

Herr Reckmann teilt mit, dass seine Fraktion sich wünscht, schneller im Klimaschutz vorzugehen. Er bemängelt, dass der Anteil vom Gesamthaushalt für Klimaschutzmaßnahmen gerade mal 1 % betrage. Hier wünsche man sich mehr Maßnahmen und werde eine entsprechende Summe für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Budgetberatungen beantragen.

Frau Rodeheger weist darauf hin, dass es heute nur um das Konzept geht, im Rahmen der Haushaltsberatungen kann die Fraktion einen Antrag stellen, mehr Geld einfließen zu lassen.

Frau Steuer verweist auf die Öffentlichkeitsarbeit. Hier solle man mehr investieren. Am Beispiel der Gemeinde Saerbeck kann man erkennen, dass dort viel Zeit in Beratungen der Beteiligten investiert wurde. Auch die Stadt Oelde hat gute Beispiele, wie z. B. die Förderung der Lastenräder. Hier wünscht sie sich ein Feedback von den Bürgern.

Herr Leson erklärt, dass die Umsetzung der Klimaschutzziele permanent begleitet werden müsse, nicht nur in Form einer einzelnen Kampagne. Prioritäten wurden noch nicht vorgenommen, dieses könne im Rahmen der Haushaltsplanberatungen durch die Fraktionen gemacht werden.

Frau Rodeheger erläutert, dass es heute nur darum geht, das Klimaschutzkonzept zu beschließen. Viele Ideen können entstehen, jetzt mit personeller Verstärkung im Bereich Klimaschutzmanagement.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt dem Rat mehrheitlich bei einer Enthaltung folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt das vorgestellte Klimaschutzkonzept.

### **4. Antrag der SPD-Fraktion: Bewerbung um die Aufnahme Oeldes in die Liste der Fairtrade-Towns B 2022/610/5301/1**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Siebert macht darauf aufmerksam, dass dieses Thema in den letzten 8 Jahren bereits zum dritten Mal aufgegriffen wird. Seine Fraktion kann den zusätzlichen Aufwand, der durch die Ausarbeitung der weiteren Vorgehensweise entstünde, nicht vertreten. Der Rat solle erst einen Beschluss erwirken und danach könne man weitere Schritte einleiten. Herr Siebert befürchtet, dass es passieren kann, dass viel Aufwand investiert wird für Nichts.

Frau Gröne erläutert, dass es im ersten Schritt nicht darum ginge, Maßnahmen zur Zertifizierung umzusetzen, sondern vor dem Ratsbeschluss einzuschätzen, ob sich die notwendige Unterstützung der weiteren Akteure finden lässt. Frau Rodeheger betont ebenfalls, dass die Einsatzbereitschaft vor Ort gegeben sein muss, um dem Rat eine Entscheidungsgrundlage an die Hand zu geben. Herr Leson bestätigt diese Vorgehensweise.

Frau Steuer findet den Antrag gut.

Herr Zurbrüggen teilt mit, dass seine Fraktion dagegen stimmt. Für ihn macht es keinen Sinn, Anträge so lange zu stellen, bis sie zum gewünschten Ergebnis führen. Er ergänzt, dass das Fairtrade-Siegel gar nicht so positiv sei, wie es immer dargestellt wird.

Herr Zumersch verweist auf das Recht, Anträge auch mehrmals stellen zu dürfen. Er hält es für falsch, sofort den Beschluss zu fassen und findet es gut, erst die Empfehlung auszusprechen.

Herr Rodriguez erklärt, dass das eben vorgestellte und beschlossene Klimaschutzkonzept auch die Auszeichnung „Fairtrade-Town“ vorschlägt und wundert sich, warum Herr Zurbrüggen diesem zugestimmt hat. Er unterstützt die Vorgehensweise der Stadt und bittet den Ausschuss, zuzustimmen.

Herr Reckmann unterstützt den Antrag der SPD.



## Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr lehnt bei Stimmengleichheit mit neun Ja-Stimmen und neun Gegenstimmen die Bewerbung um die Aufnahme Oeldes in die Liste der Fairtrade-Towns ab.

### 5. Sachstandsbericht zu den Aktionen „Bürgerwald“ und „Bürgerbaum“ M 2022/610/5347

Frau Gröne trägt den Sachstandsbericht zu den Projekten „Bürgerwald“ und „Bürgerbaum“ vor.

## Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht zu den Projekten „Bürgerwald“ und „Bürgerbaum“ zur Kenntnis.

### 6. Einführung eines kreisweiten Carsharings B 2022/610/5340

Frau Gröne verweist auf die Sitzungsvorlage und trägt den Sachverhalt vor.

Herr Leson teilt mit, dass die beteiligten Kommunen Ahlen, Beckum, Beelen, Everswinkel, Sendenhorst und Ennigerloh bereits zugestimmt haben. Geplant sind zwei Fahrzeuge pro Kommune, ein Kleinwagen sowie ein Transporter. Herr Leson weist darauf hin, dass ein Verlustausgleich nicht pauschal gezahlt wird. Sollten Gewinne durch das Carsharing-Unternehmen erzielt werden, werden diese von der Höhe des Verlustausgleichs abgezogen.

Herr Kohaus fragt, ob das Fahrzeug immer an den Stellplatz zurückgebracht werden muss. Frau Gröne antwortet, dass es sich bei dem System um ein stationäres Carsharing handle, das bedeutet, die Fahrzeuge müssen an ihren Standort zurückgebracht werden. Sie ergänzt, dass die Abrechnung für die Nutzung pro Zeiteinheit und je gefahrener Kilometer erfolge.

Herr Poppenberg sagt, dass es eine gute Sache sei. Er findet es aber besser, die Standorte für die Fahrzeuge im Außenbereich anzusiedeln und meint, dass es mehr Sinn mache, die Ortsteile anzubinden.

Herr Austrup stellt die Frage, warum „voraussichtlich“ Elektrofahrzeuge angeschafft werden sollen und fragt, warum dies nicht Voraussetzung ist.

Frau Gröne antwortet, dass im Rahmen der Ausschreibung für einen Carsharing-Anbieter Elektrofahrzeuge bevorzugt werden, Voraussetzung ist aber eine entsprechende Ladestation an den vorgesehenen Standorten. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, können auch keine E-Autos zum Einsatz kommen.

Herr Zurbrüggen wirft ein, dass es schon mal ein Angebot in Oelde gab und möchte wissen, warum dieses zurückgezogen wurde. Frau Gröne teilt mit, dass der damalige Anbieter das Carsharing nebenberuflich betrieben hat und sich von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nicht erholt habe.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt dem Rat mehrheitlich bei zwei Enthaltungen folgende Beschlussfassungen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planungen für den Ausbau eines Carsharing-Angebotes in Oelde voranzutreiben und sich an der kreisweiten Ausschreibung zu beteiligen.
2. Die entsprechenden Mittel zur Finanzierung der Mindereinnahmen des Carsharing-Unternehmens werden nach Vorlage des schlüssigen Konzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024 eingeplant. Zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung beträgt die maximale Starthilfezahlung für ein Fahrzeug 4.800 € pro Jahr für die ersten drei Jahre nach Inbetriebnahme. Bei zwei Fahrzeugen wird die doppelte Summe fällig.

Die Summe wird unter dem Vorbehalt der Inanspruchnahme der Fördermittel aus der Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement eingeplant und freigegeben.

Alle Mittel stehen unter dem Vorbehalt der entsprechenden Haushaltsplanberatungen.

## **7. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes** M 2022/661/5333

Frau Gröne verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Berheide erläutert den Sachstand zu der Maßnahme Rhedaer Straße/Wiedenbrücker Straße.

Herr Hellweg bittet darum, die gewünschte Querungshilfe an der Rhedaer Straße in Oelde nicht mit einem Zebrastreifen zu gestalten. Dieser würde die Stelle, an der die Passanten aus dem dunklen Tunnel kommen, noch gefährlicher machen.

Herr Poppenberg teilt hierzu mit, dass er sich die Situation schon mehrfach vor Ort angeschaut habe. Er kann es nicht nachvollziehen, dass dort die gewünschte Querung abgelehnt wird. Er fordert die Verwaltung auf, sich beim Kreis nochmals für die Ampel einzusetzen.

Herr Leson betont, dass der Ausschuss sich sicher sein könne, dass die Stadt Oelde das machen würde. Er erläutert, dass der Kreis Warendorf als Baulastträger sich an den Regelwerken orientiere, die an dieser Stelle nur maximal einen Zebrastreifen vorsehen würden. Die Stadt

wäre bereit, die Maßnahme mit finanziellen Mitteln aus dem Mobilitätskonzept selbst zu finanzieren und favorisiere in jedem Fall die Ampel.

Herr Leifeld stellt die Frage, ob der Schulweg kein Ansatz sei. Herr Leson teilt hierzu mit, dass die Stadt alles versuchen werde, den Kreis umzustimmen.

Frau Gröne informiert im Folgenden über den Radweg parallel zur Straße In der Geist.

Herr Hellweg bezeichnet die neue Radwegführung parallel zur Straße In der Geist als eine „tolle Aktion“. Er sieht jedoch eine extreme Gefährdung am Ende des Weges, wenn der Radweg auf die stark befahrene Konrad-Adenauer-Allee trifft.

Herr Leson erinnert sich, dass Herr Rodriguez dieses Thema auch schon einmal angesprochen hat. Seiner Erinnerung nach seien die Grundstücksverhältnisse in dem Bereich das Problem gewesen. Die Verwaltung werde einen entsprechenden Umbau an der erwähnten Stelle noch einmal prüfen.

Herr Brinkmann gibt zu bedenken, dass der Weg entlang der Aue zu schmal sein könnte und sieht eine Gefährdung für Fußgänger, wenn eine vermehrte Nutzung durch Radfahrer angestrebt wird. Herr Leson betont, dass man die Maßnahme nicht mehr infrage stelle, da sie bereits politisch beschlossen sei. Die erforderliche Breite für die gemeinsame Nutzung von Radfahrern und Fußgängern ist vorhanden. Wenn man von der Anzahl der Nutzer ausgeht, ist man dort weit von einem Radschnellweg entfernt.

Herr Berheide informiert über die geplante Querungshilfe auf der Clarholzer Straße. Er trägt vor, dass die Maßnahme trotz des erwarteten Erfordernisses durch den Neubau des Kindergartens durch Straßen.NRW abgelehnt wurde. Straßen.NRW argumentiert, hier beträgte die gemessene Zahl an Querungen nur die Hälfte des erforderlichen Durchschnitts. Herr Berheide berichtet weiter, dass die Verwaltung mit Straßen.NRW einen erneuten Termin machen wird, um den Bedarf vor dem Hintergrund des neuen Kindergartens zu erläutern. Das gleiche gelte auch für die abgelehnte Querungshilfe an der Hauptstraße/Hohlbrink. Für beide Maßnahmen würden die Kosten ebenfalls durch das Budget zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes gedeckt werden.

Frau Rodeheger ergänzt, dass dieses Thema bereits im Bezirksausschuss Lette vorgetragen wurde. Tempo-30-Schilder werden wohl ebenfalls nicht aufgestellt. Sie verweist auf den Termin in Coesfeld, wo man in einem persönlichen Gespräch nochmals vorstellig wird, um ein Umdenken zu erreichen.

Herr Leson macht darauf aufmerksam, dass es sich hier um das gleiche Problem handelt, wie an der Rhedaer Straße. Es kommt immer erst die Frage auf, ob es sich um einen Unfallschwerpunkt handle. Die zuständigen Behörden halten sich auch hier strikt an die Regelwerke.

Frau Rodeheger trägt vor, dieses Verhalten sei oft nur schwer vermittelbar und stößt bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Unverständnis, was jedoch nicht bei der Stadt Oelde liege. Sie hofft, dass die persönliche Vorstellung für die ein oder andere Maßnahme doch noch ein positives Ergebnis erzielen könne.

Herr Reckmann fragt, ob es seitens der Kommune eine Möglichkeit gibt, eine Klage einzureichen. Frau Rodeheger bejaht die Frage und ergänzt, dass es wohl immer einen Rechtsweg gäbe. Erstmal sei man zuversichtlich, eine Lösung zu finden. Wenn das Gespräch kein Erfolg bringe, stellt sich die Frage, wie damit umzugehen sei.

Herr Leson zeigt sich eher skeptisch bezüglich der Klagemöglichkeit, da es sich nicht um kommunale Flächen handle und man den Straßenbaulastträger wohl eher nicht zur Umsetzung zwingen könne, wenn das Regelwerk etwas anderes vorgebe.

Herr Poppenberg möchte wissen, ob die Reduzierung der Geschwindigkeit an den betreffenden Querungsstellen eine bessere Maßnahme sei.

Herr Leson antwortet, dass diesbezüglich in Kürze ein Termin mit dem Ordnungsamt anstehe.

*Nachrichtlich:*

*Nachdem die Querungshilfe durch Straßen.NRW abgelehnt wurde, wird seitens des Ordnungsamtes geprüft, ob sich auf Grund des Kindergartens eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo-30 einrichten lässt.*

*Die Prüfung wird zeitnah angestoßen.*

*Zudem plant die Stadt in dem Bereich eine Baumaßnahme, u. a. sollen Reparaturen am Gehweg vorgenommen werden. In dem Zusammenhang soll temporär ein gelber Zebrastreifen auf die Fahrbahn aufgebracht werden.*

Als nächstes trägt Frau Gröne den Fortschritt zum Umbau der Umlaufsperrern vor.

Herr Rodriguez möchte hierzu wissen, ob bei Radwegeverbindungen, die eine Straße queren, Hinweise angebracht werden könnten, dass Radfahrer an dieser Stelle Vorrang haben. Frau Gröne erwidert daraufhin, dass dieser Punkt noch nicht Thema gewesen sei. Herr Leson nimmt es auf und erklärt, dass es ein „berechtigter Hinweis“ sei.

Herr Wiesch fragt, ob es eine aktuelle Übersicht gäbe, wie viele Maßnahmen aus dem Mobilitätskonzept bereits durchgeführt wurden. Herr Leson antwortet, dass eine Liste über den aktuellen Stand der Maßnahmen mit dem Protokoll nachgereicht wird.

*Anmerkung: Die Liste befindet sich im Anhang dieses Protokolls.*

Herr Berheide gibt den Hinweis, dass es Rahmenbedingungen gibt, die sich seit Erstellung des Konzeptes in 2019 geändert haben und vorgeschlagene Maßnahmen nicht immer wie beschrieben umsetzbar seien. Herr Berheide teilt auch mit, dass man Kapazitäten, die durch nicht umsetzbare Maßnahmen freigeworden wären, nutzen würde, um in andere Maßnahmen zu investieren.

## **Beschluss**

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes zur Kenntnis.

## **8. Verschiedenes**

### **8.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Berheide trägt den aktuellen Sachstand zur Umrüstung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung vor. Die Maßnahmen am Pestalozziweg und anderen dunklen Ecken verzögern sich leider aufgrund von Lieferschwierigkeiten bei den Leuchtenköpfen. Eine aktuelle Dunkle-Ecken-Liste wird im nächsten Ausschuss vorgestellt.

Frau Berkowski informiert über den Klimaschutzwettbewerb zu Weihnachten, der unter dem Motto „Aus Alt mach Neu“ steht. Es soll ein Fotowettbewerb in der Kategorie bestes Upcycling-DIY Weihnachtsgeschenk stattfinden. Zeitraum ist der 01.12. bis 31.12.2022. Unter allen Bewerbern werden Sachprämien von nachhaltig hergestellten Produkten verlost.

Frau Gröne erläutert den Sachstand für die Förderprogramme.

Herr Poppenberg äußert den Wunsch, die noch vorhandenen Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung in die Stecker-Solar-Geräte umzuwandeln.

Herr Leson wendet ein, dass dies nicht möglich ist. Es handle sich bei den Stecker-Solar-Geräten haushaltbezogen um Aufwand- und bei dem Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung um investive Mittel. Diese seien nicht gegenseitig verrechenbar.

Frau Steuer möchte wissen, ob es Förderanträge für Fassadenbegrünung gab. Frau Gröne antwortet, dass es zwei „echte“ Anträge gab. Es werden auch Pflanzen-Gabionen gefördert, hier liegen mehrere Anträge vor.

### **8.2. Anfragen an die Verwaltung**

Herr Reckmann bezieht sich auf den Antrag für das innovative ÖPNV-Konzept und erbittet einen Sachstand.

Herr Leson teilt mit, dass der Antrag vor allem den Fachbereich von Herrn Schmid betreffe. Nach Rücksprache im Hause gebe es hier wohl noch einige offene Fragen, weshalb an dem Antrag noch nicht gearbeitet wurde. Außerdem sei der Fachbereich von Herrn Schmid bekannterweise durch die Ukraine Krise und die daraus resultierenden Bedarfe der Flüchtlingsunterbringung zeitlich extrem eingespannt. Hier habe es in diesem Jahr Prioritäten gegeben, die eine Bearbeitung des Antrages ebenfalls verhindert hätten.

Herr Austrup fragt nach dem Sachstand bzgl. der zusätzlichen Beleuchtung für den Dorfplatz und den Parkplatz am Sportplatz in Sünninghausen.

Frau Rodeheger antwortet, dass Herr Becker eine Zusage gemacht hat. Diese Maßnahmen werden im Rahmen des Dunkelzonenprogrammes abgearbeitet.

Herr Rodriguez kündigte zum Ende der Sitzung an, im Nachgang zwei Fragen an die Verwaltung zu stellen, mit der Bitte, diese in das Protokoll mit aufzunehmen.

*Die Fragen werden im Folgenden genannt und beantwortet:*

*„a) öffentliche Trinkbrunnen*

*Plant die Stadt die Aufstellung von Trinkbrunnen im öffentlichen Bereich? Wie hoch würden eventuelle Kosten sein (Installation und Unterhaltung)? Gibt es noch entsprechende Förderprogramme?“*

*Aktuell gibt es einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der Kommunen dazu verpflichtet, Trinkwasser im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung schlägt vor, den genauen Wortlaut des Gesetzes abzuwarten, ehe bauliche Umsetzungen erfolgen. Außerdem geht die Verwaltung davon aus, dass es mit Verabschiedung des Gesetzes auch Fördermöglichkeiten geben wird, die durch eine frühzeitige „freiwillige“ Umsetzung nicht in Anspruch genommen werden könnten.*

*Die Verwaltung schlägt vor, einen Haushaltsansatz mit Sperrvermerk aufzunehmen, der durch den Umweltausschuss aufgehoben werden kann. Übrigens verfügen bereits alle Oelder Schulen über einen entsprechenden Trinkwasserspender.*

*Mittlerweile wurde die Fragestellung auch im Rahmen der Änderungsliste zum Haushalt 2023 diskutiert und einstimmig ein Budget von 20.000 Euro für die Installation von öffentlichen Trinkwasserbrunnen bereitgestellt.*

*„b) Ampelschaltung Warendorfer Str.*

*Wie bereits in verschiedenen Zusammenhängen angesprochen, möchten wir wissen, wann die Ampelanlagen Warendorfer Str. / Am Bahnhof und Warendorfer Str. / Nordring / Berliner Ring endlich wie alle übrigen Ampel entlang der K.-Adenauer Allee nachts ausgeschaltet bleiben. Dies wäre insbesondere für Fahrradfahrer\*innen und Fußgänger\*innen eine Erleichterung.“*

*Die Stellungnahme von Straßen.NRW liegt nun vor. Der Straßenbaulastträger befürwortet hier keine Nachtabschaltung, da diese Anlagen im Vergleich zu den weiteren Lichtsignalanlagen im Verlauf der Konrad-Adenauer-Allee folgende Besonderheiten ausweisen:*

*Diese beiden Anlagen haben*

- eine höhere Verkehrsbelastung auf den Nebenrichtungen*
- deutlich mehr querende Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen (Bahnhofsnähe)*
- bedauerlicherweise immer wieder Unfälle mit Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen.*

*Insofern wird es hier definitiv keine Nachtabschaltung geben können. Ganz im Gegenteil, Straßen.NRW hätte am liebsten auch an den weiteren Anlagen die Nachtabschaltung aufgehoben.*

Uli Schwieder  
Ausschussvorsitzender

Sonja Steiner  
Schriftführerin